

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Fehrmann



Druck und Verlag
C. Fehrmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden um 0,20 Mark für die 5 gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis nachmittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 49

Fernsprecher

Donnerstag, den 26. April 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

Berlin, den 25. April 1928.

Chronik des Tages.

In den nächsten Tagen soll in Washington der deutsch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet werden.

Der deutsche Generalkonsul in Genf, Nischmann, geht im Juni als Vorgesand nach Angola.

Nach der Antarktis des Südpolunges für die „Vernem“ wurde die Arbeit für die Antarktis-Expedition des deutschen Ozeanflugzeuges befristet fortgesetzt.

Reichsminister Dr. Brüning ließ der Mitte des verstorbenen Oberpräsidenten Zimmer-Verkauf sein Beileid ausprechen.

Der Arbeiter-Friede, der sich zu Gunsten des Kommunisten-Höls des Reichstags bezichtigte, ist außer Verfolgung gesetzt worden.

Von den Opfern des Mailänder Bombenattentats sind erneut zwei Belegte gefordert, so daß sich die Zahl der Todesopfer nunmehr auf 20 erhöht.

In Weislaß wurde eine Tagung der Internationalen Eisenbahn-Liga eröffnet.

Birkenheads Berliner Besuch.

In der letzten Woche meiste der britische Staatssekretär für Indien Lord Birkenhead einige Tage in Berlin, angeblich, um den Golf- und Landklub Wannsee kennen zu lernen. Und in der Tat hat der Lord in der deutschen Reichshauptstadt eifrig dem Sport obgelegen. Die breite Öffentlichkeit nahm deshalb wenig Notiz von dem englischen Besuch. In politischen Kreisen dagegen ist man dem Mitglied des englischen Kabinetts größere Beachtung, sorgte nach dem Zweck seines Besuchs und schätzte ungläubig darüber, daß Lord Birkenhead ausschließlich zum Golfspielen nach Berlin gekommen sein sollte. Man erinnerte sich daran, daß ähnliche Ausflüge führender englischer Männer auch früher schon zu verzeichnen waren, wobei sich später mehrfach herausstellte, daß bei dieser Gelegenheit hinter dem harmlosen Auswärtigen Sondereingänge angeheilt und Beförderungen von weltpolitischer Bedeutung geführt oder doch vorbereitet worden waren.

Im vorliegenden Falle glaubte man, zu ähnlichen Vermutungen um so berechtigter zu sein, als Carl von Birkenhead, Viscount Furneaux, der entsetzliche Verfechter einer bestimmten britischen Politik ist. Lord Birkenhead ist Staatssekretär für Indien und führt aus den Reichsden der englischen Missionen Tag für Tag das Indische heraus, das man in Indien über die russische Politik empfindet. Der englisch-russische Gegensatz ist alt, er wird bestehen bleiben, so lange der riesige russische Koloss auf allen Ecken und Enden von England eingeklemmt ist, und während nirgends eine freie Ausfahrt in das Weltmeer hat. Auf die Dauer wird man sich über diese Tatsache auch nicht mit höchsten diplomatischen Versicherungen hinwegsetzen können, gleichgültig, wie in Moskau das Scherzstück hat er aber auch ein festes Verständnis dafür, daß Englands Lage einem bolschewistischen Aufstand gegenüber noch unangünstiger ist.

Genieß, das russische Schwert ist gegenwärtig stumpf und schwach, dafür aber hat Moskau die Waffe der Propaganda, mit der es die Wölfer in Asien zum Schaden Englands in Bewegung bringen kann. Und auf diesem Gebiete kann England Ausland nichts entgegenbringen. Aus diesen Erwägungen heraus glaubt Lord Birkenhead Englands Lage durch die Herbeiführung des Eintrages des jenseitigen russischen Regimes erleichtern zu können. Der britische Ministerpräsident Baldwin und der Außenminister Chamberlain sind zwar auch Gegner des russischen Bolschewismus, nur möchten sie nicht aktiv eingreifen, vielmehr die Entwicklung der Dinge abwarten. Lord Birkenhead dagegen predigt die Blockade gegen Russland und empfiehlt zu diesem Zweck ein englisch-deutsches französisches Bündnis. Wiewohl kategorisch alle diese Projekte an dem Widerstand Deutschlands, das unbetört seinen Weg ging und sich nicht einlassen ließ. In letzter Zeit wurden dann in England Stimmen laut, die dahin ausklangen, daß man Deutschlands Einsichten hinsichtlich doch erlauben könne.

Möglich, daß man nunmehr in den Kreisen der britischen Regierung es nicht ungern gesehen hat, wenn Lord Birkenhead einige Tage in Deutschland weilte und sich mit offenen Augen umschau. Einen besseren Anwalt als Lord Birkenhead hätte sich London übrigens nicht wünschen können. Lord Birkenhead ist nicht nur ein Mann großer Energie, er besitzt auch Geist und weiß mit lateinischen Deklamationen ebenso geschickt umzugehen, wie mit Sportgeräten. Kennzeichnend für die außerordentliche Befähigung dieses Lords ist sein Entwurfslösung. Als fünfziges Kind eines kleinen Advokaten arbeitete sich Lord Birkenhead, der damals noch den kühnen Namen F. C. Smith führte, durch Begabung und Fleiß empor; er erhielt in Oxford eine Preisstelle und ließ sich mit 26 Jahren als Rechtsanwalt nieder. Bald erzeigte er sich durch seine ungewöhnliche Redner-

gabe und sein unergründliches Auftreten des größten Ansehens, auch wurde er ein bekannter Politiker. Schon mit 22 Jahren hatte er als Versammlungsredner die Aufmerksamkeit Joseph Chamberlains, des Vaters Austen Chamberlains, auf sich gezogen. Ehren häuften sich auf Ehren, und schließlich wurde aus dem Advokaten Smith ein Minister und ein Lord Birkenhead.

Daran, daß Lord Birkenhead mit seinem Liebeswerben in Berlin Erfolg gehabt oder Ermunterung gefunden haben sollte, vermindert wir nicht zu glauben. Ebenso ist aber auch nicht daran zu zweifeln, daß Lord Birkenhead in Berlin mit seinen Ansichten nicht hinter dem Veil gehalten hat. Darauf deutet schon die Art hin, mit der Baldwin im Unterhaus Fragen über Birkenheads Besuch beantwortete. Baldwin erklärte, der Berliner Besuch des Staatssekretärs für Indien sei rein privater Natur gewesen. Als dann aber der Abgeordnete Kemmorthy fragte, ob der Staatssekretär für Indien nur in privater Eigenschaft ein deutsch-französisch-britisches Bündnis gegen Russland bestritten habe, verweigerte Baldwin die Antwort. Das erinnert an das Verhalten Gresham in den Jahren um 1912, wenn im Unterhaus Fragen über die militärischen Verpflichtungen Englands gegenüber Frankreich laut wurden. Charakteristischer Weise ließ Lord Birkenhead es, das Leben mit einem Abenteuer zu vergleichen und seine russischen Projekte dürften tatsächlich auf ein Abenteuer hinauslaufen. Die deutsche Politik kann bei einem Eingehen auf diese Pläne nichts gewinnen, und dann sollte man im Auslande auch nicht glauben, Deutschland durch verhältnismäßig kleine Zugeständnisse zu Entscheidungen bestimmen zu können, die für uns von schicksalhaftester Bedeutung sind.

Wahlkompromisse in Frankreich.

Die Vorbereitungen für die Stichwahlen. — Zusammengehen der Antikriegsgruppen. — Die Vorbereitungen der französischen Parteien für die Stichwahlen am kommenden Sonntag stehen vor ihrem Abschluß. Am Dienstag und Mittwoch tagte die Leitung der Sozialistischen und der Radikalen Partei und behandelte die Frage, welche Haltung die Organisationen in der Stichwahl einnehmen sollen. Die Verzichtserklärungen beider Parteien haben noch vor dem Zusammentritt der Zentrale Wahlbündnisse abgeschlossen. Es haben dort, wo ihre Kandidaten sich gegenseitig Abschied tun, zugunsten des begünstigteren verzichtet.

Für den Ausfall der Stichwahlen sind die Wahlbündnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn sie an dem Sieg der Regierung Poincaré auch nichts mehr ändern werden, können sie doch weitere Erfolge der Gruppen Marin und Maginot verhindern, deren wachsender Einfluß in außenpolitischer Hinsicht außer Betracht ist. Im übrigen mag sich die neue französische Regierung zusammenziehen wie sie will, sie wird bald erkennen, daß in der Währungsfrage und in der Frage der Endregelung der deutschen Kriegsschulden eine Zwangsfrage besteht, die Fakten erheischt.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Wahlen.

Paris, 25. April. Nachdem nunmehr auch die Wahlergebnisse aus den Kolonien bekannt geworden sind, veröffentlicht das Innenministerium das vorläufige Gesamtergebnis. Danach hat sich die Zahl der im ersten Wahlgang eroberten Mandate auf 183 erhöht. Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Kammerstimme wie folgt: Rechtsliche 13, Rechtsrepublikaner (Marin und Maginot) 72, Linksrepublikaner 42, radikale Linke (Vougeur) 15, Radikale 21, Sozialradikaler (Painlevé) 5, Sozialisten 15, zusammen 183. 51 Abgeordnete sind neu gewählt, 132 wiedergewählt.

Krach um den Antikriegspakt.

Eine Erklärung der amerikanischen Regierung. — Scharfe Presseangriffe gegen Briand's Entwurf. — Wie die Regierung der Vereinigten Staaten mitteilt, fanden in Washington zwischen Kellogg und den Botschaftern Deutschlands und Englands Besprechungen über den Stand der Verhandlungen in der Frage der Kriegsgesetz statt. Mit Rücksicht auf die Entwicklung der bisherigen Verhandlungen sei man zu der Auffassung gekommen, daß gegenwärtig eine allgemeine Konferenz, die sich mit diesem Thema zu befassen habe, noch nicht ins Auge gefaßt werden könne.

Bemerkenswert ist ein Artikel der „Washington Post“, in dem der französische Gegenwart einer eingehenden Kritik unterzogen wird. Darin heißt es, der von Frankreich vorgeschlagene Pakt würde die unterzeichnenden Staaten lächerlich machen, da er einseitig den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik verdamme, nachher jedoch bestimme, daß alle anderen Abmachungen, die den Krieg als Werkzeug nationaler

oder internationaler Politik ausdrücklich vorsehen, hierdurch unberührt bleiben. Der Entwurf stelle statt einer Förderung des Friedensgedankens durch die Vorbehalte eine

Vericherung des gegenseitigen Mißtrauens und die Annahme von Unrechtfertigkeit der vertraglich schließenden Staaten dar. Zeitweise wird bereits die Möglichkeit erörtert, einen Antikriegspakt unter Ausschluß von Frankreich abzuschließen!

Rohlenpreiserhöhung beantragt.

Mit Wirkung ab 1. Mai. — Der Reichswirtschaftsminister stimmt vorläufiglich zu. — Nachdem der Schiedspruch für den Übergang vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, hat das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat eine Kohlenpreiserhöhung zum 1. Mai beantragt. Die Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates findet am 2. Mai statt. Inzwischen wird das Syndikat über das zu beantragende Ausmaß der Preiserhöhung und über die sonstigen Maßnahmen beraten, die durch die Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedspruches notwendig werden.

Preiserhöhungsbefehle des Kohlenbergbaus müssen bekanntlich vom Reichsarbeitsminister genehmigt werden. Wie verlautet, dürfte der Reichswirtschaftsminister im vorliegenden Falle von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch machen. Soweit sich jetzt schon etwas über das Ausmaß der Preiserhöhung sagen läßt, wird mit einer Erhöhung des Grundkohlenpreises von 14,60 Mark auf etwa 15,40 Mark gerechnet.

Der deutsch-amerikanische Schiedsvertrag.

Baldige Unterzeichnung durch Kellogg und Botschafter v. Wittich und Gaffron.

Wie „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, ist angekündigt worden, daß Staatssekretär Kellogg und der deutsche Botschafter v. Wittich und Gaffron in einigen Tagen den deutsch-amerikanischen Schiedsgerichts- und Ausgleichsvertrag unterzeichnen werden. Der schiedsgerichtliche Teil sei dem zwischen den Vereinigten Staaten und Italien abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag ähnlich, der Ausgleichsvertrag gleich dem Bryan'schen Vertrag von 1914.

Neue Wendung im Fall Hölz.

Das Verfahren gegen den Arbeiter Friede eingestellt. — Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer in Halle das Verfahren gegen den Arbeiter Friede, der sich zugunsten des Kommunisten Höls des Reichstags an dem Gutsbesitzer Josef Beckelsteine, ein- gestellt, und Friede mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die Aussagen des Friede über seine Beteiligung an der Einstellung des Gutsbesitzers durch die Voruntersuchung in so vielen wesentlichen Punkten widerlegt worden, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht vorliegt.

Starbvorbereitungen der „Bremen“.

Kindberg und Chamberlain wollen den Ozeanpiloten entgegensteigen.

Das dreimonatige Nordflugzeug, das die Ersatzteile und den von der „Bremen“ benötigten Brennstoff an Bord hatte, ist nunmehr glatt in Greenwich Island gelandet, wo die Piloten der „Bremen“ die Belegung des Hilfsflugzeuges aufs freudigste begrüßte. Sofort nach der Landung des amerikanischen Flugzeuges wurden die Vorbereitungen für den Weiterflug der „Bremen“ beschleunigt fortgesetzt. Wie verlautet, hat sich das Wetter in den letzten Stunden an der nordamerikanischen Küste erneut verschlechtert, so daß der genaue Termin des Starts der „Bremen“ noch nicht angegeben werden kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die „Bremen“ in der Murray Bay eine Zwischenlandung vornehmen. Die amerikanischen Ozeanflieger Kindberg und Chamberlain wollen der „Bremen“ entgegensteigen und sie in der Eskorte nach New York begleiten. Chamberlain befindet sich bereits im Flughafen von Murray Bay.

Rundschau im Ausland.

Der frühere deutsch-österreichische Minister Dr. Ritter wurde zum Bundeshauptmann von Steiermark gewählt.

Giffen eines amerikanischen Konsuls aus Schwantung. — Der amerikanische Konsul in Schwantung, in dem die folgende Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes angesetzt wird. Zur Begründung wird in dem Telegramm auf den Zusammenbruch der Schwantung im hingewiesen und betont, daß die Behörden in Schwantung das Eindringen von Banditen befristeten.